



HESSISCHER LANDTAG

29. 04. 2015

HHA

Berichtsantrag der Abg. Löber, Schmitt, Decker, Geis, Hofmeyer, Kummer, Warnecke, Weiß (SPD) und Fraktion betreffend Steuerbetrug durch manipulierte Registrierkassen

Steuerbetrug durch Manipulation von Registrierkassen ist seit Jahren ein Thema. Bereits im Jahresbericht 2003 des Bundesrechnungshofes wird auf drohende Steuerausfälle durch Manipulationsmöglichkeiten moderner Registrierkassen hingewiesen. Sowohl in der Konferenz der Länderfinanzminister im Mai als auch im Dezember 2014 wurde thematisiert, dass der öffentlichen Hand jährlich bis zu 10 Mrd. € Einnahmen entgehen.

Der Grund ist, dass die in Registrierkassen gespeicherten Daten in vielen Systemen, zum Teil durch die von den Herstellern gleich mitgelieferte Software, ohne Spuren zu hinterlassen verändert oder gelöscht werden können. Somit entstehen branchenübergreifend Milliarden Schäden sowohl für die konkurrierenden, steuerehrlichen Unternehmen als auch für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. In einem Beitrag des Magazins "PlusMinus" der ARD vom 15. Oktober 2014 wird sehr anschaulich über die Thematik berichtet.

Das Bundesministerium für Finanzen (BMF) erarbeitete einen Gesetzentwurf zur Verhinderung dieser Manipulationen unter Bezug auf ein von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) und dem BMF vorgeschlagenes Verfahren. In einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe Registrierkassen wurde ein Fachkonzept zur Umsetzung des Gesetzes entwickelt. Unter Leitung der PTB wurde eine entsprechende technische Lösung im Rahmen des INSIKA-Projektes (INtegrierte Sicherheitslösung für messwertverarbeitende KAssensysteme) konzipiert und umgesetzt. Dieses Vorhaben wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie als MNPQ-Projekt (Messen, Normen, Prüfen und Qualitätssicherung) mit 225.000 € gefördert.

Zwischenzeitlich werden in Hamburg Taxi-Konzessionen nur noch erteilt, wenn die Antragsteller in ihren Fahrzeugen sogenannte Fiskaltaxameter verwenden, mit denen Manipulationen zu Lasten der Staatskasse nicht mehr möglich sind.

Die Landesregierung wird ersucht, im Haushaltsausschuss (HHA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie hoch schätzt die Landesregierung den jährlich entstehenden Steuerausfall durch Manipulationen von Registrierkassen in Hessen?
2. Welche Anteile des tatsächlichen Steuerausfalls entfallen nach Ansicht der Landesregierung auf die einzelnen Branchen (bitte für die Jahre 2010, 2011, 2012, 2013 und 2014 einzeln auflisten)?
3. Wie viele konkrete Fälle von manipulierten Registrierkassen sind der Landesregierung in Hessen bekannt (bitte für die Jahre 2010, 2011, 2012, 2013 und 2014 einzeln auflisten)?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Schäden für Unternehmen und den Wettbewerb durch manipulierte Registrierkassen in den unterschiedlichen Branchen?
5. Wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, Manipulierungen an Registrierkassen aufzudecken?
Falls ja, welche Maßnahmen möchte die Landesregierung ergreifen?
Falls nein, aus welchen Gründen sieht die Landesregierung keinen Handlungsbedarf?
6. Welche Kontrollmaßnahmen gibt es in Hessen, um manipulierte Registrierkassen aufzudecken?

7. Wie ist der aktuelle Sachstand der Diskussion auf Bundesebene und unter den Ländern zur bundesweiten Einführung eines Kontrollsystems, mit dem Manipulationen verhindert werden könnten?
8. Inwieweit haben die in der Vorbemerkung genannten Vorleistungen bereits Eingang in gesetzliche Regelungen in Hessen gefunden?
9. Wo sieht die Landesregierung weiterhin dringenden Handlungsbedarf?
10. Ist Hessen Mitglied der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Registrierkassen?
11. Wie hoch wären nach Einschätzung der Landesregierung die Kosten einer Implementierung von INSIKA oder eines anderen elektronischen Kontrollsystems in Hessen?
Bitte auch die Datengrundlage der Kostenschätzung erläutern.
12. In welcher Größenordnung könnte Hessen von zusätzlichen Steuereinnahmen nach einer flächendeckenden Einführung profitieren?
Bitte auch die Datengrundlage der Kostenschätzung erläutern.
13. Sieht die Landesregierung darin auch ein Instrument zum Bürokratieabbau, weil Betriebsprüfungen wesentlich schneller durchgeführt werden könnten?
Falls nein, weshalb nicht?
14. Wie steht die Landesregierung zur oben beschriebenen Vorgehensweise der Stadt Hamburg gegenüber dem Taxigewerbe?

Wiesbaden, 28. April 2015

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

**Löber
Schmitt
Decker
Geis
Hofmeyer
Kummer
Warnecke
Weiß**